

„Wasserkraft muss bleiben“

Hessische Kraftwerk-Betreiber warnen vor Mühlensterben

Aufgrund von zu strengen Umweltauflagen soll mehreren hessischen Betreibern von Windkraftanlagen das Aus drohen. Jetzt macht eine Arbeitsgemeinschaft auf ihre Nöte aufmerksam.



© Rainer Wohlfahrt

Historisch: Die Brückenmühle in Mühlheim wird von der Stadt nach und nach renoviert.

Mit einer hessenweiten Aktion kämpfen die Betreiber von Wasserkraftanlagen gegen aus ihrer Sicht zu strenge und ungerechtfertigte Umweltauflagen. Laut der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Wasserkraftwerke (AHW) droht einem Großteil der 621 Wassermühlen durch den sogenannten Mindestwassererlass des Landes mittelfristig das Aus. „Das kommt vor allem bei kleinen Anlagen zum Tragen, die ohnehin schon viele wirtschaftliche Probleme haben“, sagte der AHW-Vorsitzende Helge Beyer im Vorfeld einer Veranstaltung im nordhessischen Edermünde.

Mit dem Motto „Wasserkraft muss bleiben!“ wollte die Arbeitsgemeinschaft dort auf ihre Nöte aufmerksam machen. Der Erlass des Landes schreibt Mindestwassermengen in Flüssen vor. Der Gedanke dahinter ist, die Gewässerökologie bei wenig Wasser zu erhalten und Fische zu schützen. Doch laut Beyer wird dadurch das Wasser, das an den Wassermühlen vorbeigeleitet werden muss, gegenüber der alten Regelung um das bis zu Dreifache erhöht. Im Durchschnitt werde die Stromerzeugung der Anlagen in Hessen um mehr als 20 Prozent sinken. Viele könnten nicht mehr kostendeckend betrieben werden und müssten schließen.

Es handele sich um eine „rein gewässerökologisch ausgerichtete Regelung“, erklärte Beyer, die im Vergleich zu anderen Bundesländern strenger und zudem zu kurz gedacht sei. Zwar mache Wasserkraft nur drei bis vier Prozent der Stromerzeugung in Hessen aus. Aber: „Der Wasserkraftstrom bemisst sich nicht an der Anzahl der Kilowattstunden, sondern an Qualität des Stroms.“ Er werde als einzige erneuerbare Energie stetig erzeugt und könne

Schwankungen bei Wind und Sonne ausgleichen.

Umweltschützer stehen der Argumentation kritisch gegenüber. So erklärte der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) kürzlich, mit dem Mindestwassererlass schütze man Fische in den Bächen und Flüssen davor, massenhaft zu sterben. Denn Fischtreppen und Umgehungsgewässer bräuchten genügend Wasser, um das Überleben der Fische zu ermöglichen. Das Problem sei der Klimawandel, sagte BUND-Referent Thomas Norgall: Man grabe den Wasserkraftanlagen nicht das Wasser ab, sondern sie bekämen weniger, weil durch Trockenheit weniger verfügbar sei.

Quelle: dpa

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2020
Alle Rechte vorbehalten.